

Mexiko 2010: ein zwiespältiges Jubiläumsjahr

Jahresrückblick von Propaz, dem Schweizer Programm zur Friedensförderung in Südmexiko

Einleitung

Mexiko beging 2010 zwei wichtige Jubiläen: 200 Jahre Unabhängigkeit und 100 Jahre Revolution. Ein von vielen insgeheim erhoffter Aufstand blieb aus, Feststimmung kam aber auch nicht auf. Mexiko kämpft mit verschiedenen Krisen: der Drogenkrieg forderte schon über 30'000 Tote, die vergangene Wirtschaftskrise warf Hunderttausende Mexikaner zurück in die Armut, das politische System tut sich schwer mit Reformen. Die Menschenrechtslage bleibt kritisch: gleich mehrfach hat der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof Mexiko verurteilt. Die Straflosigkeit hat – u.a. dank der Militärjustiz – System, unzählige Menschenrechtsverteidiger und soziale Führungspersonen werden mit erfundenen Anklagen für einige Jahre aus dem Weg geräumt. In den vergangenen Monaten häuften sich Übergriffe auf MenschenrechtsverteidigerInnen. V.a. die indigene Bevölkerung leidet unter „Entwicklungsprojekten“ wie Tagebauminen, Infrastrukturprojekten und Staudämmen, die über ihre Köpfe hinweg und gegen ihren Willen auch mit Gewalt durchgesetzt werden.

Während sich viele ausländische Nichtregierungsorganisationen wegen des verhältnismässig grossen Reichtums Mexikos aus dem Land zurück ziehen, konnte Propaz bei zwei Reisen ins Land feststellen, dass die forcierte Entwicklung zu mehr und schärferen Konflikten führt. Das Engagement von Propaz und den drei Trägerorganisationen in der Konflikttransformation und Lobbyarbeit ist notwendiger denn je!

Teil 1: Tätigkeitsbericht von Propaz

Propaz: die Lobby- und Informationsstelle zu Südmexiko

PROPAZ, das Schweizer Friedensprogramm in Chiapas, leistet seit zehn Jahren erfolgreich Informations-, Lobby- und Vernetzungsarbeit zu den Anliegen der indigenen Bevölkerung und Kleinbauern in Chiapas. Damit gibt es den Menschenrechts- und Friedensförderungsorganisationen im Süden Mexikos eine Stimme. Es hat in der letzten Dekade ein grosses Netz aufgebaut mit ParlamentarierInnen, Organisationen die zu Mexiko arbeiten, KirchenvertreterInnen, Kontaktpersonen in der Verwaltung, Medienleuten und Mexiko-Interessierten. Die Lobby- und Advocacy Stelle PROPAZ wird aktuell von Caritas Schweiz, Fastenopfer und HEKS getragen.

Während der ersten zwei Phasen (2001 - 2007) leistete das Schweizer Programm in enger Zusammenarbeit mit der Politischen Abteilung IV des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten einen wichtigen Beitrag zur Entspannung des bewaffneten Konflikts zwischen ZapatistInnen und der Regierung sowie zur Konflikttransformation in den Gemeinden und mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen der Region.

Nachdem sich die Schweizer Regierung 2007 aus der Friedensförderung in Mexiko zurückgezogen hat, konzentriert sich Propaz in seiner dritten Phase auf Advocacy- und Lobbyarbeit in der Schweiz. Propaz arbeitet heute zu den drei südlichen Bundesstaaten Chiapas, Guerrero und Oaxaca. 2009 initiierte Propaz die „Mexiko Plattform“, in der schweizerische Hilfswerke, NGOs und Solidaritätsgruppen ihr Engagement für Mexiko koordinieren. Am 1. Februar 2010 übernahm Stephan Suhner die Leitung von Propaz.

Wiederholt wird in Gesprächen mit mexikanischen GesprächspartnerInnen aus der Zivilgesellschaft unterstrichen, dass sich die Situation in Mexiko wohl nur auf Druck von aussen verbessern lässt. Propaz engagiert sich dafür, dass schweizerische staatliche Akteure die mit oder zu Mexiko tätig sind, die Menschenrechtslage im Land bei ihren Aktivitäten berücksichtigen und eine gewaltlose Konfliktlösung in der Region fördern.

Entsprechend ist es das Anliegen von Propaz, dass die Schweizer Regierung im Dialog und bei Verträgen mit Mexiko im aussen(wirtschafts)politischen Bereich dieses Thema mitberücksichtigt.

Aktivitäten von Propaz 2010

Im Januar 2010 weilten Roman Berger und Philipp Gerber auf einer „Factfinding-Reise“ in Mexiko. Schwerpunkte der Abklärungen waren die Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zu Mexiko sowie das Erkunden von Möglichkeiten eines stärkeren Schweizer Engagements im Menschenrechtsbereich. Abgeklärt wurden Fragen wie die Auswirkungen des Freihandelsabkommens der Schweiz mit Mexiko und die Frage der aussenpolitischen Kohärenz der Schweiz gegenüber Mexiko. Im Juni bereiste Stephan Suhner die südlichen Bundesstaaten Chiapas, Oaxaca und Guerrero, in denen Propaz schwerpunktmässig arbeitet.

Aus diesen Reisen ergab sich als ein Arbeitsschwerpunkt von Propaz die Problematik von Megaprojekten, die ohne Konsultation und Zustimmung der betroffenen (indigenen) Bevölkerung durchgesetzt werden. Propaz wird im 2011 mehrere Fälle (Staudämme, Bergbau und Tourismus) exemplarisch aufarbeiten und dabei das Augenmerk auf die fehlende Konsultation, auf den Widerstand der Bevölkerung und die Repression dieses Widerstandes legen. Ziel der Studien ist es, mit den mexikanischen Partnerorganisationen gemeinsame Lobbyaktivitäten zu entwickeln. Daneben beobachtet Propaz auch die unternehmerische Tätigkeit von Schweizer Konzernen und interveniert bei möglichen Menschenrechtsverletzungen. In Gesprächen mit Vertretern des EDA, der Schweizer Botschaft und des SECO wird ebenfalls die mangelnde Kohärenz zwischen Wirtschaftsförderung und Menschenrechtspolitik immer wieder angesprochen.

Weiter begleitet Propaz mehrere bedeutsame Einzelfälle von Menschenrechtsverletzungen und interveniert bei den mexikanischen Behörden, beim EDA und bei der Schweizer Botschaft wie in folgenden Fällen: Gewissensgefangener Alberto Patistan sowie Margarita Martinez und Diego Cadenas in Chiapas, Juan Manuel Martínez und Alba Cruz in Oaxaca, Überfall auf die humanitäre Karawane in San Juan Copala sowie in mehreren Fällen Übergriffe auf Mitglieder der OPIM in Guerrero. Verschiedene Briefe wurden dabei mit der Schweizer Mexiko-Plattform sowie mit deutschen Partnerorganisationen koordiniert. Propaz initiierte auch mehrere Briefe und Interventionen von Schweizer ParlamentarierInnen.

Diese Unterstützung von Propaz wird von den mexikanischen Partnerorganisationen sehr geschätzt und als wichtig empfunden. Durch unsere Interventionen konnten wir mitwirken, dass Alberto Patistan gewisse Hafterleichterungen erhielt und Juan Manuel Martínez und Raul Hernández endlich frei gelassen wurden.

Propaz war ebenfalls an der Koordination der Besuche von Alba Cruz vom Comité 25 de Noviembre im Februar und von Miguel Álvarez von Serapaz im Oktober beteiligt und konnte Lobbygespräche mit Schweizer Regierungsvertretern sowie Pressekontakte vermitteln. Am 16. September fand in Bern eine von Propaz mit organisierte Lesung mit Anne Huffschild zu ihrem Buch „Mexiko: Das Land und die Freiheit“ statt.

Teil 2: Politischer Rückblick

Zwiespältiges Jubiläumsjahr

Mexiko beging 2010 gleich zwei Jubiläen: einerseits 200 Jahre Unabhängigkeit, andererseits 100 Jahre Revolution. Wie mit diesen Jubiläen umzugehen ist, wusste jedoch niemand in Mexiko so recht. Einerseits hofften viele auf grosse soziale Mobilisierungen, die Regierung fürchtete diese ebenso wie einen möglichen weiteren bewaffneten Aufstand. Der grosse Coup blieb aus, wenn auch an vielen Orten soziale Bewegungen weiterhin für Gerechtigkeit und Überwindung von Armut und Straflosigkeit kämpfen. Aber auch Feststimmung vermochte nicht so recht aufzukommen, zu tief steckt Mexiko in vielfältigen Krisen.

Die Realität vieler MexikanerInnen ist geprägt von Militarisierung, Gewalt und Armut. Der von Präsident Calderón ausgerufenen „Krieg gegen den Drogenhandel“ hat bereits mehr als 30'000 Tote in den letzten vier Jahren gefordert, eine Änderung der Strategie ist nicht in Sicht. So wurden auch 2010 Narcofosas (Gräber mit anonymen Gewaltopfern der Kartelle) mit mehreren Dutzend Toten gefunden, auf Landgütern fanden bisher unvorstellbare Massaker statt, einmal an 72 wehrlosen Migranten. Sicherheitsbeamte liefern sich stundenlange Kämpfe mit den hochgerüsteten Drogenbanden. Erstmals kamen diesen Spätsommer auch Autobomben zum Einsatz, eine für Mexiko völlig neue Gewaltdimension. Das Gespenst von der Kolumbianisierung Mexikos geht um.

Die US Drogenbekämpfungsbehörden empfehlen Mexiko, die kolumbianischen Rezepte anzuwenden. Kolumbien habe es erfolgreich geschafft, die mächtigen, staatsbedrohenden Kartelle auszulöschen. Diesen Weg müsse auch Mexiko beschreiten. Dass aber heute in Kolumbien Dutzende von Kleinkartellen und alle bewaffneten Akteure tief in den Drogenhandel verstrickt sind und weite Teile von Politik und Gesellschaft durch ihre Korruptionsfähigkeit beeinflussen, wird dabei geflissentlich ausser Acht gelassen. Für viele soziale und Menschenrechtsorganisationen ist jedoch heute in Mexiko klar, dass der Drogenkrieg gescheitert ist, und es wird immer lauter über radikale Alternativen nachgedacht, bis hin zu einer Legalisierung der Drogen. Ebenso ist aber auch klar, dass die Militarisierung der Gesellschaft im Zuge der Drogenbekämpfung ganz anderen Zwecken dient, nämlich der Kontrolle und Unterdrückung aufmüpfiger Sozialbewegungen.

Dass Menschenrechtsarbeit in einem solchen Umfeld schwierig und gefährlich ist, versteht sich von selbst – vor allem auch deshalb, weil die Regierung dieser Arbeit kaum die nötige Relevanz zuerkennt. So bezeichnete etwa der ehemalige Innenminister Gómez Mont MenschenrechtsverteidigerInnen despektierlich als „nützliche Dumme“ des organisierten Verbrechens.

Langsame Erholung der Wirtschaft

Mexiko litt 2009 enorm unter der Weltwirtschaftskrise und hatte einen Einbruch beim BIP von 6,5% zu verzeichnen. 2010 entwickelte Mexiko aber eine überraschende Dynamik und wuchs geschätzte 4,5%. Für 2011 bestehen aber wieder grosse Unsicherheiten, z.B. in Bezug auf die Entwicklung in den USA, dem wichtigsten Handelspartner. Es wird von einem Wachstum von lediglich 3% ausgegangen. Beängstigend sind auch die Zahlen über die Kosten wegen der Sicherheitsrisiken in Mexiko: die Kosten für Alarmanlagen, gepanzerte Fenster, Überwachungskameras, Leibwächter etc. betragen heute 15% des Bruttoinlandsprodukts.

2010 erreichten die Ausländischen Direktinvestitionen wieder das Niveau von vor der Krise. Dieses Wachstum reicht jedoch nicht aus, um breite Bevölkerungskreise aus der Armut zu befreien. Es zeigte sich einmal mehr, dass Direktinvestitionen aus dem Ausland keine Entwicklung generiert, wenn entsprechende flankierende Entwicklungsmassnahmen fehlen.

Im Oktober 2010 waren gemäss offiziellen Statistiken 5,7% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung arbeitslos, nur ein bisschen weniger als im Oktober 2009 mit 5,94%. Der Arbeitsmarkt ist für die jährlich auf den Markt drängenden neuen Arbeitskräfte zu wenig dynamisch und bietet trotz Wirtschaftswachstum zu wenig Arbeitsplätze an.

Die extreme Armut, in Mexiko als „Ernährungsarmut“ bezeichnet, nahm von 2000 bis 2006 von 24,1 auf 13,8 Mio. Personen ab, stieg aber 2008 wieder auf 18,2 Millionen an. 2010 erreichen die Zahlen neue Höchstwerte: 60% der MexikanerInnen finden sich laut Pressemeldungen in einer der Armutskategorien wieder, 20% leben in totaler Armut.

Das Entwicklungsmodell Mexikos setzt zu einseitig auf Freihandel und ausländische Direktinvestitionen, ohne sich um die Binnensektoren zu kümmern. Anstatt dass lokale Unternehmen durch ausländisches Kapital beflügelt worden wären, stagnierten sie, so dass die Gesamtinvestitionen unter dem Strich nicht zunahmen. Die modernen Sektoren vermochten auch den Verlust an Arbeitsplätzen insbesondere in der Landwirtschaft nicht

aufzufangen. Die (ländliche) Armut bleibt hoch, weiterhin emigrieren viele v.a. junge Männer in die Städte und in die USA.

Die Nationalregierung und viele Bundesstaaten setzen insbesondere auf Grossprojekte als Entwicklungsmotoren, gebündelt in Plänen wie das Projekt „Mesoamerica“. Einer der Schwerpunkte ist der Bergbau, wofür überwiegend kanadische Firmen viele Konzessionen erhalten. Immer mehr lokale Gemeinschaften wehren sich vehement gegen die Tagebauminen. Aber auch grosse Infrastrukturprojekte wie Hotelanlagen, Strassen und Staudämme werden von der Bevölkerung nicht als Entwicklungschancen, sondern als Bedrohung gesehen und fürchten, dadurch ihr Land und somit ihre Traditionen zu verlieren. Die allermeisten dieser Projekte werden an der Bevölkerung vorbei durchgesetzt, die betroffenen Menschen erhalten keine Informationen und werden nicht konsultiert. Beginnt sich die Bevölkerung zu organisieren und zu wehren, wird sie auf alle erdenklichen Arten manipuliert, gespalten und auch (gewaltsam) unterdrückt.

Krise der Menschenrechte

2010 war für die Menschenrechte in Mexiko kein gutes Jahr. Trotzdem sind auch einige kleine Erfolge zu verzeichnen: So wurde in Oaxaca Juan Manuel Martínez frei gelassen, nachdem er fast drei Jahre unschuldig in Haft gewesen war, angeschuldigt, den US-Journalisten Brad Will 2006 erschossen zu haben. Nach seiner Freilassung gingen die Drohungen jedoch weiter, so dass er sich erneut verstecken musste. Ebenso kam in Guerrero Raúl Hernández Abundio, Führungsperson der OPIM, frei, nachdem er ebenfalls über zwei Jahre unschuldig in Haft gesessen hat, angeklagt eines Mordes, den er unmöglich begangen haben konnte.

Die Gesamttendenz in Sachen Menschenrechte ist jedoch eindeutig negativ. Der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof (IAMGH) hat Mexiko in mehreren bedeutsamen Fällen von Menschenrechtsverletzungen verurteilt, so z.B. wegen der Vergewaltigung der beiden indigenen Frauen Ines Fernández Ortega und Valentina Rosendo Cantu vom Volk der Me'phaa in Guerrero, wegen der Ermordung von drei jungen Frauen des Campo Algodonero (Ciudad Juarez) sowie im Falle des Verschwindenlassens von Rosendo Radilla Pacheco. Der Mexikanische Staat setzt diese Urteile jedoch nicht um und die Opfer werden nach der Urteilssprechung meist noch stärker bedroht.

Generell ist in jüngster Zeit eine Zunahme an Menschenrechtsverletzungen und eine Häufung von Drohungen und Übergriffen gegen Menschenrechtsverteidiger zu verzeichnen. So wurde Margarita Martínez von der zivilgesellschaftlichen Organisation ENLACE am 8. November 2009 Opfer einer illegalen Hausdurchsuchung und im Dezember 2009 sowie im März 2010 von massiven Drohungen. Das Menschenrechtszentrum Frayba in San Cristóbal, Chiapas, das ihre Verteidigung übernommen hatte, erhielt seinerseits Drohungen. Das Frayba ist zudem seit 2009 Opfer einer systematischen Diffamierungskampagne und von permanenter Überwachung und Anfeindungen. Im März 2010 hat die Interamerikanische Menschenrechtskommission den mexikanischen Staat aufgefordert, die Sicherheit von Margarita Martinez und ihrer Familie zu garantieren.

In Oaxaca war Alba Cruz vom „Comité 25 de Noviembre“ schweren Drohungen ausgesetzt, so dass sie zeitweise Oaxaca verlassen musste.

In Guerrero erhielten am 28. November Cauhtémoc Ramírez Rodríguez und Obtilia Eugenio Manuel, führende Mitglieder der indigenen Organisation OPIM (Organización del Pueblo Indígena Me'phaa) schriftliche Drohungen. Diese stehen im Zusammenhang mit dem Einsatz von Cauhtémoc und Obtilia für die beiden Me'phaa - Frauen Ines und Valentina und für die Umsetzung der Urteile des IAMGH vom 30. und 31. August 2010. Bereits vor über eineinhalb Jahren hat der IAMGH für 107 MenschenrechtsverteidigerInnen in Guerrero Schutzmassnahmen angeordnet. Die mangelnde Umsetzung dieser Schutzmassnahmen durch den mexikanischen Staat führte jedoch dazu, dass sich die Bedrohungslage nicht entspannt hat. Der Staat hat es nicht nur unterlassen, geeignete Massnahmen durchzuführen um MenschenrechtsverteidigerInnen zu schützen, sondern hat auch die

notwendigen strafrechtlichen Untersuchungen nicht eingeleitet. Menschenrechtsorganisationen fordern deshalb vom mexikanischen Staat einen Mechanismus, um präventiv, schützend und investigativ auf Aggressionen und Drohungen von MenschenrechtsverteidigerInnen zu reagieren.

Insbesondere Guerrero leidet weiterhin unter einer starken Militarisierung unter dem Vorwand der Drogen- und Verbrechensbekämpfung, mit der einhergehenden Kriminalisierung der sozialen Proteste und der Unterdrückung des Kampfes der indigenen Organisationen für ihre kollektiven Rechte und für Selbstbestimmung.

In Chiapas werden v.a. den ZapatistInnen nahe stehende indigene Gemeinschaften Opfer von gewalttätigen Übergriffen und Anfeindungen. Das Menschenrechtszentrum Frayba denunziert eine fortgesetzte Politik der Aufstandsbekämpfung und eine Bespitzelung von sozialen Organisationen. Viele Konflikte drehen sich um Landbesitz und Landnutzungsrechte, verschärft durch Infrastrukturprojekte der chiapanekischen Regierung. Zu erwähnen ist beispielsweise die Spaltung und Unterdrückung der Gemeinschaft von Mitzitón, die sich für den Erhalt ihres Territoriums und gegen den Bau einer Schnellstrasse zwischen Palenque und San Christóbal und Comitán einsetzt. Eine paramilitärische Gruppe drangsaliert die oppositionelle Dorfbevölkerung andauernd. Weiter sind die Vertreibungen und Umsiedlungen mehrere indigener Dörfer in den Montes Azules ebenso zu erwähnen wie schwere Konflikte mit Bergbauunternehmen in Chicomuselo.

Militärjustiz und Straflosigkeit

Ein weiterhin ungelöstes Problem ist der „fuero militar“, die Militärgerichtsbarkeit für Menschenrechtsverletzungen und Übergriffe auf die Zivilbevölkerung durch Militärangehörige. Die Zuständigkeit der Militärjustiz für Übergriffe auf Zivilpersonen garantiert die weitgehende Straflosigkeit und wurde international immer wieder heftig kritisiert, so auch anlässlich der periodischen Überprüfung durch den UN Menschenrechtsrat 2009. Am 18. Oktober 2010 hat Präsident Calderon dem Parlament zwar eine Reform der Militärjustiz zur Beratung überwiesen, Menschenrechtsorganisationen halten diese Reform jedoch für völlig ungenügend. So fehlt eine zivile Kontrolle der Justiz bei Vergehen der Armee und verschiedene Delikte wie gewaltsames Verschwindenlassen, Vergewaltigung und Folter bleiben der Militärjustiz unterstellt. Problematisch ist auch, dass die Militärpolizei neu die Staatsanwaltschaft unterstützt und Zeugen und Opfer schützen soll. Die mexikanische Regierung gibt vor, mit dieser Reform setze sie auch Empfehlungen des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofes um, welcher wiederholt eine Anpassung von Art. 57 des Gesetzes über Militärjustiz gefordert hatte. Die vorgeschlagenen Reformen werden von Menschenrechtsorganisationen jedoch als Scheinübung abgetan.

Die Straflosigkeit ist eine Konstante in den Bundesstaaten, in denen Propaz aktiv ist. So sind die Täter praktisch aller Menschenrechtsverletzungen gegen indigene Personen in Guerrero bis heute nicht gefunden und verurteilt worden. Zu erwähnen ist auch die Strafuntersuchung im Falle der Menschenrechtsanwältin Digna Ochoa, die 2002 ums Leben kam. Die Staatsanwaltschaft behauptete von Anfang an, Digna habe Selbstmord begangen und verbreitete das Bild einer psychisch kranken Frau. Bis heute wurden verschiedene Aussagen und Beweismittel nicht oder ungenügend gewürdigt und das bereits abgeschlossene Verfahren erst auf breiten öffentlichen Druck erneut eröffnet. Der Ausgang des wieder laufenden Verfahrens ist aber ungewiss. Auch schwere Massaker wie beispielsweise dasjenige vom 13. November 2006 in Viejo Velasco, einem indigenen Dorf im Lakandonenwald, bleiben straflos. Das Massaker wurde durch 40 bewaffnete Personen einer Nachbargemeinde begangen, begleitet von 300 Polizisten. Die Untersuchungen über das Massaker wurden verschleppt und es wurden grobe Fehler begangen. Heute sind nicht nur die Täter unbestraft, sondern verschiedene Überlebende des Massakers und Familienangehörige von Opfern haben Haftbefehle erhalten. Hintergrund des Massakers waren soziale Spannungen über das Recht auf Land und den Schutz der natürlichen Ressourcen in diesem auch touristisch interessanten Gebiet der Montes Azules.

Brennpunkt Oaxaca

Oaxaca war 2010 durch den Wahlkampf geprägt, der durch eine starke Polarisierung und viele Gewaltepisoden im Vorfeld gezeichnet war. Für die Partei der institutionalisierten Revolution PRI war es eine Schicksalswahl, denn sie erhofften sich durch einen Wahlsieg wichtige Impulse, um 2012 auch auf nationaler Ebene wieder an die Macht zu kommen. Dementsprechend hatte der bisherige Gouverneur Ulysses Ruiz sein ganzes Gewicht in den Wahlkampf geworfen und die Regierung des Bundesstaates dem Wahlkampf untergeordnet. Dementsprechend gab es keine Regierung mehr, die Probleme löst und die Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt, sondern nur noch Repression der täglichen Proteste, Strassenblockaden und Besetzungen von Amtsgebäuden wegen der staatlichen Ineffizienz. Die Wahl selbst brachte dann eine gewisse Erleichterung: der versammelten Opposition gelang die politische Wende, Gabino Cue wurde zum neuen Gouverneur gewählt. Am 1. Dezember 2010 hat er sein Amt angetreten, die Erwartungen an ihn sind gross. In erster Linie erwartet die Bevölkerung Gerechtigkeit und eine Aufarbeitung der Repression von 2006. Zum Gedenken an die brutale Niederschlagung der Volksproteste vom November 2006 fand am vergangenen 25. November eine *Megamarcha* mit über 50'000 TeilnehmerInnen statt. Die Bevölkerung ist sich aber auch bewusst, dass der Regierungswechsel allein noch nicht alle Probleme löst und es v.a. die soziale Basis selber ist, die weiter für den Wandel eintreten muss.

Bern, 10. Januar 2001
Stephan Suhner, Propaz
propaz@caritas.ch